Zeitschrift: Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes

und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen

Herausgeber: Schweizerischer Fourierverband

Band: 41 (1968)

Heft: 12

Artikel: Kriegsverhinderung, nicht Kriegführung

Autor: Brunner, Dominique

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-517954

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 30.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kriegsverhinderung, nicht Kriegführung

Erfordert die Lage eine Verstärkung der Nato-Truppen?

Die militärische Intervention der Sowjetunion in der Tschechoslowakei, die damit verbundene Verlegung von Truppen in der Stärke von rund zwei Armeen, die zuvor auf russischem Boden standen, nach der CSSR (etwa zwei weitere Armeen stammten aus Garnisonen in der DDR), Moskaus unheilschwangerer Rückgriff auf die nunmehr anachronistischen Feindstaaten-Klauseln der UNO-Charta und schliesslich die militanten Töne, die in sowjetischen Blättern angeschlagen werden, haben in Westeuropa Befürchtungen wachgerufen. Angesichts des da und dort als mehr oder weniger gestört erachteten militärischen Kräfteverhältnisses in Mitteleuropa und im Hinblick auf die aus dem Vorgehen gegen die CSSR abgeleitete grössere Unberechenbarkeit des Kremls wurden und werden Sorgen um die militärische Sicherheit Westeuropas laut. Auf einmal gewinnt die in den letzten Jahren vielenorts als akademische Frage empfundene Gewährleistung der Sicherheit der Westhälfte unseres Kontinents eine neue, unangenehme Aktualität.

Nato-Kommandostellen im Frieden ohne grossen Einfluss

Soweit die aus der Besetzung der Tschechoslowakei und der erklärten Absicht Moskaus, eine gewisse Anzahl russischer Grossverbände im Raume der Westgrenze jenes Landes zu belassen, gezogenen Schlussfolgerungen dahin lauten, dass ein engeres Zusammenstehen der Nato-Partner not tue und die atlantische Verteidigungsorganisation gefestigt werden müsse, kann ihnen nur zugestimmt werden. Dasselbe gilt für die Kritik an der dem psychologischen Moment zu wenig Rechnung tragenden, langsamen Reaktion der Nato-Organe. Was die Nato-Kommandostellen betrifft, muss freilich unterstrichen werden, dass deren Einfluss bis zum Augenblick, da ihnen die prinzipiell zugewiesenen Truppen tatsächlich zur Verfügung stehen, sehr begrenzt ist, und sich die Kritik demnach an die Mitgliedstaaten richten muss. Es wird vielfach übersehen, dass die Nato-Kommandobefugnisse im Frieden eventueller Art sind. Erst wenn ein bestimmter Grad der Bedrohung eintritt und die dafür vorgesehenen vorsorglichen Massnahmen wirksam werden, geht die Kommandogewalt über die normalerweise unter nationalem Kommando — von der Luftwaffe der BRD abgesehen — stehenden zugewiesenen (assigned, in der Nato-Terminologie) Verbände auf die Nato-Organe über.

Es wurden aber auch Stimmen laut, die einer Verstärkung der konventionellen Rüstung des Westens oder einer Erhöhung der Zahl der in der Bundesrepublik stehenden Verbände das Wort redeten. Hier gilt es nun zu unterscheiden: Zweifellos muss die klassische Rüstung der Nato-Partner — wie auch der Neutralen, also ebenfalls unseres Landes — mit der Entwicklung Schritt halten. Anderseits dürfte es solange überflüssig sein, die Zahl der einsatzfähigen Verbände hinaufzusetzen, als man sich nicht darauf vorbereiten will, einen klassischen Krieg während einiger Zeit führen zu können — ohne zur Atomwaffe Zuflucht zu nehmen. Ein Blick auf das Kräfteverhältnis erhärtet nach unserem Dafürhalten diese Auffassung, ganz abgesehen von der Frage nach den Zielen des Kremls.

Zahlenmässige Überlegenheit des Ostens

Die Nato verfügt nach Darstellung des Institute for Strategic Studies in den Abschnitten Nordund Mitteleuropa im Frieden über 72 Kampfverbände von Brigadestärke. Für den Warschaupakt lautet die entsprechende Zahl 170, wovon 94 russische Verbände. (Diese Zahlen gelten für den Zustand vor dem 21.8.68. In welchem Umfang darin eine Änderung eingetreten ist, ist infolge widersprüchlicher Angaben schwer zu sagen — entscheidend ist die Veränderung kaum.) Nach Mobilisierung der Reservisten der ersten Staffel erhöhen sich diese Bestände auf 82 beziehungsweise 246. Bei den Panzerkampfwagen ist das Kräfteverhältnis, immer nach dem Institute for Strategic Studies, etwas ausgeglichener, indem die Nato im Frieden über 4800 und nach Mobilisierung der Reservisten über 6100 Panzer verfügt, während die Warschaupaktmächte deren 11 500 beziehungsweise 14 600 einsetzen können. Schliesslich besitzt die Nato 2800 für taktische Aufgaben bestimmte Kampfflugzeuge, die als leistungsfähiger gelten als die der Gegenseite, während dem Gegenspieler deren 5380 zu Gebot stehen.

Zieht man in Betracht, dass die Mannschaftsbestände der russischen Formationen kleiner sind als die der entsprechenden westlichen Verbände und dass die Ausstattung mit Panzerabwehrwaffen bei den Nato-Truppen grösser ist, so bedeutet dies, dass die östliche Seite ohne Mobilisierung von Reservisten oder Heranführung zusätzlicher Verbände aus der Sowjetunion, also bei einem überraschenden Vorstoss aus dem Stande die allgemein für einen erfolgreichen grösseren Angriff als erforderlich — wenn auch nicht als unerlässlich — angesehene 3-zu-1-Überlegenheit weder hinsichtlich der Verbände noch bezüglich der entscheidenden Kampfmittel, Panzer und Flugzeuge, erreicht. Ungünstiger liegen die Verhältnisse, sobald die erste Reservistenstaffel zur Verfügung steht. Will man dem im Westen ohne unverhältnismässig hohe Kosten abhelfen, so drängt sich die Einführung einer Art Milizsystem schweizerischen oder israelischen Typs auf. Für eine solche Lösung, die von so prominenten Experten wie dem französischen General Beaufre empfohlen wird, sprechen auf weite Sicht noch weitere Argumente. Sie würde allerdings tiefgreifende Änderungen der Militärorganisation der Mitgliedstaaten erfordern, die nicht kurzfristig zu bewerkstelligen sind und sicherlich schwierige politische und psychologische Probleme aufwerfen.

Unter den vorliegenden politischen und strategischen Bedingungen dürfte aber trotz des oben aufgezeigten Ungleichgewichts eine grössere Friedensstärke in dem ins Auge gefassten Nato-Abschnitt entbehrlich sein, sofern man entschlossen ist, das in Europa vorhandene Kernwaffenpotential in die Waagschale zu legen. Es stehen einige tausend Atomsprengkörper bereit. Auch deren Abschussmittel beziehungsweise Trägersysteme sind vorhanden und zum Teil bereits in die taktischen Formationen eingegliedert. Diese Mittel sind für den Einsatz primär gegen militärische, namentlich lohnende rückwärtige Ziele bestimmt. Sie erscheinen theoretisch - und die Praxis hat dies in den zurückliegenden 10 Jahren eher bestätigt denn widerlegt — als ein sehr wirksames Instrument zur Stabiliserung der an sich zur Unstabilität tendierenden konventionellen Ebene. Sie markieren eine Schwelle, die bisher niemand zu überschreiten gewagt hat (von Hiroshima und Nagasaki abgesehen), weil die Furcht anscheinend trotz der gegenseitigen Lähmung der beiden Grossen auf der obersten nuklearstrategischen Ebene immer noch gross ist, dass es vom Einsatz der ersten kleinen Ladung auf dem Gefechtsfeld bis zur Beschiessung der Territorien der Grossmächte nur ein kleiner Schritt sein könnte. Wegen der vom Augenblick der Verwendung von Nuklearwaffen auf einem Schlachtfeld, auf dem sich amerikanische und russische Truppen gegenüberstehen, an bedrohlich Gestalt annehmenden Gefahr der Eskalation, bedeutet das Überschreiten dieser Schwelle ein qualitatives Umschlagen eines Konfliktes, den Übergang auf eine andere Ebene, auf der den beiden Grossen die gegenseitige Vernichtung droht.

Will man also, ohne sich übermässig in Unkosten zu stürzen und ohne sich in einen wohl wenig aussichtsreichen konventionellen Wettlauf mit dem Osten einzulassen, Europas Sicherheit gewährleisten, so gilt es, diese furchteinflössenden Perspektiven des Rückgriffs auf Atomwaffen, ohne gleich ins Extrem der Drohung mit massiver Vergeltung zu fallen, ins Spiel zu bringen. Materiell sind, wie gesagt, die Voraussetzungen dafür gegeben. Psychologisch-politisch setzt dies voraus, dass sich die USA weiterhin an Europa gebunden fühlen und bereit sind, seinetwegen Risiken einzugehen. Und es erfordert praktisch die Bereitschaft der USA, durch Erklärungen oder bestimmte Massnahmen - namentlich durch eine verstärkte Beteiligung der Europäer an der nuklearen Planung - ihren Willen kundzutun und im Krisenfall zu bekräftigen, einen Überfall auf Europa nicht hinzunehmen, sondern von Anfang an die Massnahmen zu ergreifen, die einem Aggressoren jede Hoffnung auf Erfolg rauben müssten. Angesichts der rational vorstellbaren Ursachen bewaffneter Zusammenstösse in Mitteleuropa dürfte dieses auf Abschreckung zielende Vorgehen die vorteilhafteste und tragbarste Lösung darstellen. Die verfügbaren konventionellen Kräfte befähigen den Westen sehr wohl, begrenzten gegnerischen Aktionen zu begegnen und selbst im allein schon vom Politischen her unwahrscheinlichen Fall eines grossangelegten Vorstosses lange genug standzuhalten, um das Risiko des Einsatzes von atomaren Mitteln glaubwürdig erscheinen zu lassen, somit, rationales Verhalten des Gegenspielers vorausgesetzt, abzuschrecken.

Dominique Brunner